

**Wiesbaden, 23. September 2015**

**Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2016**

**Dr. Thomas Schäfer**

**„Hessen hält Kurs – aktuelle Herausforderungen angehen –  
Zukunft im Blick behalten“**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

**Sperrfrist: Redebeginn**

## **Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2015**

**am 23. September 2015**

**Hessen hält Kurs – Haushaltsentwurf sieht Absenkung der Nettokreditaufnahme auf unter 600 Mio. Euro vor!**

**Das Ziel einer generationengerechten Finanzpolitik, die auch unseren Kindern und Enkeln noch Raum für eigene politische Entscheidungen lässt, ist nach wie vor das richtige. Davon bin ich zutiefst überzeugt und dafür werde ich kämpfen.**

**Die humanitäre Verpflichtung gegenüber denen, die in bitterster Not zu uns kommen, ist eine Frage der Barmherzigkeit und Nächstenliebe. Es gehört aber auch zum christlichen Menschenbild, den Menschen offen und ehrlich die Wahrheit zu sagen. Es gilt, die Menschen, die keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben, schnellstmöglich in ihre Heimat zurückzuführen, damit wir unsere Anstrengungen an anderer Stelle konzentrieren können.**

**Bei einer Zahl von 800.000 Flüchtlingen muss mit einem Handlungsbedarf schon in 2016 von rund 150 Mio. Euro gerechnet werden. Bis zum Jahr 2018 erhöht sich dieser Wert auf 765 Mio. Euro. Bei einer Zahl von einer Million Flüchtlingen pro Jahr steigt der Handlungsbedarf in 2016 auf 250 Mio. Euro, im Jahr 2018 sogar auf über eine Milliarde Euro.**

**Ich habe mir als Finanzminister in stürmischen Zeiten und bei hohem Wellengang eins angewöhnt: Kurs halten! Wer schon zu Beginn der Reise die Nerven verliert, kommt nie ans Ziel.**

**Es bleibt dabei, dass trotz sinkender Schülerzahlen an Hessens Schulen keine Lehrerstelle wegfällt. Und wir investieren rund 2,1 Mrd. Euro in die Hessischen Hochschulen. Hessens Bürgerinnen und Bürger sind die Zukunft unseres Landes, und in diese Zukunft investieren wir kraftvoll.**

**Rund 35,7 Mio. Euro sind zur Fortführung der Energiewende vorgesehen. Zudem stocken wir die Förderung der Elektromobilität noch einmal auf. Der weitere Ausbau der Breitbandversorgung in Hessen wird beschleunigt. In 2016 wird hierfür erstmals ein Bewilligungsvolumen von 16,75 Mio. Euro bereitgestellt.**

**Dr. Thomas Schäfer**

**„Hessen hält Kurs – aktuelle Herausforderungen angehen –  
Zukunft im Blick behalten“**

**Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2016**

**am 23. September 2015**

**Anrede,**

**Hessen hält  
Kurs – Neu-  
verschuldung  
sinkt weiter**

mit dem Ihnen vorliegenden Entwurf des Landeshaushalts für das kommende Jahr 2016 wird eines deutlich: Hessen hält Kurs! Auf dem Weg zur Erreichung der schwarzen Null, eines Haushalts ohne neue Kredite, ab 2019 gehen wir den nächsten Schritt. Der Entwurf der schwarz-grünen Landesregierung sieht eine Absenkung der Nettokreditaufnahme auf unter 600 Mio. Euro vor. Es ist das Markenzeichen dieser Landesregierung, dass sie verlässlich und lösungsorientiert die täglichen Herausforderungen anpackt, ohne das gemeinsame Ziel aus den Augen zu verlieren. Manche dieser Herausforderungen mag übergroß erscheinen, bekannte oder erwartbare Dimensionen sprengen. Wir dürfen deswegen aber nicht vorschnell vom eingeschlagenen Kurs abweichen. Das Ziel einer generationengerechten Finanzpolitik, die auch unseren Kindern und Enkeln noch Raum für eigene politische Entscheidungen lässt, ist nach wie vor das richtige. Davon bin ich zutiefst überzeugt und dafür werde ich kämpfen.

## **Anrede,**

Landes-  
haushalt  
spiegelt  
gesellschaft-  
liche Heraus-  
forderungen  
wider

politische Verantwortung zu tragen – das unterscheidet die Regierungsarbeit von Oppositionsarbeit – heißt auch, Lösungen zu suchen, Entscheidungen zu treffen und Verantwortung dafür zu tragen. Nüchterner Ausdruck unserer Entscheidungen ist nun einmal das Zahlenwerk des Landeshaushalts. Wir haben uns am gestrigen Tage sehr ausführlich über die derzeit größte humanitäre Herausforderung und die damit verbundenen Entscheidungen und Verantwortungen ausgetauscht – die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung derjenigen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung, vor Not und Elend in unserem Land Schutz und Hilfe suchen. Dieses Thema ist äußerst vielschichtig und facettenreich, die Darstellung aller Aspekte würde den Rahmen dieser Rede sprengen. Deshalb konzentriere ich mich auf die haushaltsrelevanten Fragen. Es ist aber nun einmal das Wesen der Finanzen, dass sich jede staatliche Aufgabe und jede gesellschaftliche Herausforderung auch in den emotionslosen Zahlen des Landeshaushalts widerspiegelt.

## **Anrede,**

Humanitäre  
Verpflichtung  
ist eine Frage  
der Barmher-  
zigkeit

das bedeutet jedoch nicht, dass wir bei unseren Beratungen zum Landeshaushalt mit seinen nüchternen Daten und Fakten die Emotionalität vergessen dürfen, die sich hinter mancher Zahl verbirgt. Ganz im Gegenteil: Die humanitäre Verpflichtung

gegenüber denen, die alles verloren haben, die in Verzweiflung und bitterster Not zu uns kommen, ist keine Frage der Zahlen, sondern eine Frage der Barmherzigkeit und Nächstenliebe.

**Menschen  
ohne Aussicht  
auf  
Bleiberecht  
schnell  
zurückführen**

Es ist aber meine tiefe Überzeugung, dass wir schlichtweg nicht jedem uneingeschränkte Hilfe angedeihen lassen können. Es muss doch einen Unterschied ausmachen, ob die Menschen tatsächlich vor Verfolgung, Krieg, Terror und Zerstörung fliehen, oder nicht. Ich glaube, dass es zum christlichen Menschenbild dazugehört, den Menschen offen und ehrlich die Wahrheit zu sagen, die mit falschen Versprechungen dazu gebracht wurden, ihre Heimat zu verlassen. An dieser Stelle gilt es eben, die Menschen, die keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben, schnellstmöglich in ihre Heimat zurückzuführen, damit wir unsere Anstrengungen an anderer Stelle konzentrieren können.

### **Anrede,**

**Finanzplan  
macht  
Dimensionen  
deutlich**

ich will anhand des nüchternen Zahlenwerks der mittelfristigen Finanzplanung einmal den Versuch unternehmen, zu erklären, welche Dimensionen die verschiedensten Prognoseszenarien auslösen. Momentan sieht unser Basisszenario, woran wir die mittelfristige Finanzplanung ausgerichtet haben, eine jährliche Zahl von 450.000 Flüchtlingen vor. Das waren die Zahlen, die bei der Haushaltsaufstellung im Frühsommer noch Stand der Dinge waren. Es ergäben sich technisch gesprochen globale Handlungsbedarfe in 2017 und 2018 von 180 bzw. 210 Mio. Euro. Übersetzt heißt das, Einnahmen oder Ausgaben müssten in

diesen beiden Jahren Verbesserungen gegenüber dem Plan – sei es durch eine bessere Entwicklung bei den Steuereinnahmen, Zusagen des Bundes oder durch geringere Ausgaben – aufweisen.

**Kein Nachtragshaushalt für 2015 notwendig**

Die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen übertrifft allerdings die bisher angenommenen Zahlen erheblich. Momentan rechnen wir damit, dass wir allein in diesem Jahr rund 100 Mio. Euro an Mehrausgaben werden leisten müssen – zusätzlich zu den bereits veranschlagten 393 Mio. Euro. Einen Nachtragshaushalt werden wir allerdings nicht vorlegen müssen, da wir aufgrund der günstigen Zinsentwicklung, der zusätzlichen Bundesmittel aber eben auch aufgrund der sparsamen Haushaltsdurchführung diese Mehrbedarfe auffangen können. Auch hier zeigt sich die solide und umsichtige Haushaltspolitik in unserem Land.

### **Anrede,**

**Dynamik der Flüchtlingsströme macht Planungen schwierig**

die Schwierigkeit, Haushaltspläne und Finanzplanungen in dieser Zeit aufzustellen, liegt in der kaum fassbaren Dynamik der Flüchtlingsströme. Wenn nicht einmal mit Sicherheit gesagt werden kann, ob morgen 500 oder 1.000 Flüchtlinge am Frankfurter Hauptbahnhof ankommen, kann ein Haushaltsplan, der vom Regierungsentwurf bis zur Verabschiedung eine Zeitspanne von fünf Monaten durchläuft, nur sehr schwer mit der Aktualität mithalten; ganz zu schweigen von der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten vier Jahre. Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, lediglich die finanziellen Folgen

bestimmter Szenarien der Entwicklung der Flüchtlingszahlen darzustellen.

Szenarien  
machen  
Handlungs-  
bedarf  
deutlich

Wie gesagt, kalkulieren wir im Basisszenario pro Jahr mit 450.000 in Deutschland ankommenden Flüchtlingen. Bei einer Zahl von 800.000 Flüchtlingen, die den letzten Stand des Bundesinnenministeriums wiedergeben, muss mit einem weiteren Handlungsbedarf schon in 2016 von rund 150 Mio. Euro gerechnet werden. Bis zum Jahr 2018 erhöht sich dieser Wert auf Grund weiterhin hoher Flüchtlingszahlen auf 765 Mio. Euro. Wird auch dieses Szenario übertroffen und beispielsweise eine Zahl von einer Million Flüchtlingen pro Jahr erreicht, steigt der Handlungsbedarf in 2016 auf 250 Mio. Euro, im Jahr 2018 sogar auf über eine Milliarde Euro.

### **Anrede,**

Es gilt: Kurs  
halten trotz  
Unwägbar-  
keiten

in Anbetracht dieser Zahlen mag der ein oder andere unruhig die Frage aufwerfen, wie man das alles schaffen soll, wo das Geld herkommen soll und so weiter. Ich habe mir als Finanzminister in stürmischen Zeiten und bei hohem Wellengang eins angewöhnt: Kurs halten! Wer schon zu Beginn der Reise die Nerven verliert, kommt nie ans Ziel. Ich will Ihnen auch gerne mit Argumenten untermauern, warum mein Blick mit aller Ruhe in die Zukunft geht. Momentan laufen noch die Verhandlungen, wie sich der Bund an der Bewältigung der Flüchtlingszahlen beteiligen wird. Im Raum stehen Summen in Höhe von drei Milliarden Euro, aber auch die Aussage des Bundes, dass es am Geld nicht scheitern

werde. Weiterhin sind wir in Gesprächen, wie bestimmte Verfahren verändert werden können, um die Anstrengungen zu konzentrieren. Ich nenne hier nur die Diskussionen um die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten und die Beschleunigung von Asylverfahren.

**Entlastungen  
könnten  
Handlungs-  
bedarf  
deutlich  
schmälern**

Darüber hinaus verhandeln wir derzeit auch noch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Auch hier besteht die Erwartung und auch Hoffnung, dass auch die Geberländer im LFA eine spürbare Entlastung erfahren, auch wenn diese dann erst 2020 ihre Wirkung entfalten mag. Wenn sich darüber hinaus keine wesentliche Wende bei der Wirtschaftslage und der Zinsentwicklung ergibt, sehe ich gute Chancen, dass sich die immensen Handlungsbedarfe der Szenarien in der mittelfristigen Finanzplanung in Richtung relativ beherrschbarer Größenordnungen bewegen werden. Diese entlastenden Momente können wir aber schlicht und ergreifend nicht planen und haben es aus diesem Grund auch nicht in den Planungen veranschlagt.

### **Anrede,**

**Heraus-  
forderung der  
Flüchtlings-  
versorgung ist  
Aufgabe aller  
Ebenen**

ich sage an dieser Stelle aber eines ganz deutlich: Ohne eine starke und vor allem strukturelle Beteiligung des Bundes an Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge sind die Dimensionen für einen Landeshaushalt schlichtweg nicht handhabbar. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gerecht auf die Schultern von Bund, Ländern und Gemeinden verteilt werden muss. Man kann mit Fug und Recht darüber



streiten, wie diese Gerechtigkeit aussieht. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass es ohne eine deutlich stärkere Beteiligung des Bundes sehr schwer sein wird, das Ziel zu erfüllen, das uns die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land mit sehr großer Mehrheit in die Verfassung geschrieben haben: Einen Haushalt ohne neue Schulden ab dem Jahr 2020. Das ist ein Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, den wir zu erfüllen haben. Wir brauchen schnelle, pragmatische und zielgerichtete Lösungen in Rechtssetzung, Verwaltung und Umsetzung. Sind wir dazu nicht in der Lage, wird dies der Resignation, ja ich glaube sogar der Frustration den Weg ebnen und damit den falschen Kräften in die Hände spielen. Das dürfen wir nicht zulassen.

### **Anrede,**

**Robuste  
Wirtschaft  
stärkt unser  
Land**

nachdem ich Ihnen eben den Teil der Haushaltsplanungen dargestellt habe, der momentan die größte Aufmerksamkeit auf sich zieht, lassen Sie mich nun den Blick für einen Moment auf das größere Bild lenken. Unser Land befindet sich in einer sehr robusten wirtschaftlichen Lage. Nachdem in den Jahren 2012 und 2013 das Bruttoinlandsprodukt nur sehr spärlich gewachsen ist, erfuhr die Wirtschaft im letzten Jahr einen deutlichen Schub. Und auch in diesem Jahr erwarten wir einen soliden Zuwachs. Diese positive Entwicklung spiegelt sich natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt wider, wodurch ein moderater weiterer Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen ist. Nach allen Vorausberechnungen werden die gute Binnennachfrage und wohl

auch der Export, durch niedrige Wechselkurse begünstigt, der deutschen und hessischen Wirtschaft weiterhin ein solides Wachstum bescheren.

Man muss sich das einmal vergegenwärtigen: In Hessen waren 2014 im Jahresdurchschnitt lediglich 184.400 Personen ohne Arbeit. Mit einer Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent läuft der hessische Konjunkturmotor rund. Unser Land bietet so vielen Menschen wie nie zuvor einen Platz zum Leben und Arbeiten. An Hessen führt eben kein Weg vorbei!

### **Anrede,**

**Nachwuchs in  
der Wirtschaft  
stellt Politik  
vor neue  
Heraus-  
forderungen**

Der Applaus ist kaum verhallt, da will ich auch schon wieder auf die andere Seite der Medaille hinweisen: In Hessen waren kurz vor Beginn des Lehrjahres allein im Handwerk rund 27.000 Lehrstellen unbesetzt. Unternehmen in Branchen wie Anlagenbau, Elektronik oder der Zimmermannszunft suchen nach jungen Menschen für ihren Nachwuchs. Diese Entwicklung dürfen wir nicht ignorieren, wir müssen sie gestalten. Wenn wir unseren Wohlstand, unseren Lebensstandard für alle Altersgruppen – Sie sehen mich an dieser Stelle auch in einer persönlichen Betroffenheit – auch in Zukunft erhalten wollen, werden wir uns noch viel intensiver um die Nachwuchsgewinnung kümmern müssen. Hier liegen wenn man so will die zukünftigen Blüten unserer Wirtschaftsleistung.

Politik muss  
Wege zum  
Berufseinstieg  
ebnen

Und wenn ich davon spreche, dass wir diese Entwicklung gestalten müssen, dann spreche ich davon, alle Menschen, die in unserem Land eine Heimat sehen oder erst noch suchen, für die Lehre, die Ausbildung, den Beruf fit zu machen. Die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes wird mit Blick auf den demografischen Wandel davon abhängen, inwieweit wir in der Lage sind, den Nachwuchs in Industrie, Handwerk, Dienstleistung und auch der Verwaltung zu sichern. Das Thema der Zuwanderung und Integration wird an dieser Stelle ebenfalls von hoher Bedeutung sein. Hier ist Politik gefordert und wir stellen uns dieser Herausforderung. Wir werden die Angebote zur sprachlichen Intensivförderung weiter ausbauen und für die Jugendlichen passgenaue Maßnahmen bieten, um schnellstmöglich die für den weiteren Werdegang notwendige Kompetenz in der deutschen Sprache zu vermitteln. Integration ist eben mehr als Unterbringung und Versorgung – es bedeutet hier Leben, hier Arbeiten, sich hier gesellschaftlich einzubringen. Das ist unser Anspruch.

### **Anrede,**

Hohe Steuer-  
einnahmen  
führen zu  
hohen Lasten  
im LFA

es ist die florierende, robuste Wirtschaft, die dann auch in den nächsten Jahren in unserem Land für stabile und stetig wachsende Steuereinnahmen sorgt. Kommendes Jahr planen wir mit knapp 20 Milliarden Euro; bis 2019 rechnen wir mit einem Anstieg der Steuereinnahmen auf knapp 22,6 Mrd. Euro. Auf den ersten Blick mag es einem recht komfortabel erscheinen, wenn von Jahr zu

Jahr stetig mehr Steuern im Haushalt zur Verfügung stehen. Man darf aber immer nicht vergessen, dass für Hessen mit höheren Einnahmen – ohne die Möglichkeit der Einflussnahme – auch ganz automatisch höhere Ausgaben anstehen. Unser Land ist nun einmal ein Zahlerland im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. So froh ich über die wirtschaftliche Stärke Hessens bin, so fällt es mir schwer, die derzeitigen Regelungen zu akzeptieren. Wir planen für 2015 mit Zahlungen an andere Bundesländer in Höhe von 1,7 Mrd. Euro. Im Jahr 2019 werden es wohl mehr als 2,1 Mrd. Euro sein.

LFA stellt  
Reihenfolge  
der Einnahme-  
kraft auf den  
Kopf

Eins will ich an dieser Stelle noch einmal deutlich anbringen, weil es an anderer Stelle darüber einige Diskussionen gegeben hat: Der Kommunale Finanzausgleich ist eben nicht wie der Länderfinanzausgleich. Der KFA belässt den einnahmestarken Kommunen ihre Spitzenposition im Vergleich zu den anderen Kommunen. Der LFA tut dies nicht. Am Ende aller Ausgleichsmechanismen ist aus dem Spitzenreiter Hessen nahezu das Schlusslicht geworden. Ein solches System kann niemand als gerecht bezeichnen, hier wird Solidarität überfordert und das nehmen wir nicht hin. Deshalb war es richtig, die Klage gegen den LFA einzureichen.

### **Anrede,**

Bund-Länder-  
Finanz-  
beziehungen  
müssen

nun ist die Klage nicht der einzige Weg, dieses System vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wir haben in den letzten Monaten sehr intensiv verhandelt, um die Finanzbeziehungen zwischen Bund

reformiert  
werden

und Ländern zu reformieren. Es ist sicherlich eine schwere Untertreibung, wenn ich die Verhandlungen zu dieser Reform als komplex bezeichne. Lassen Sie es mich einmal so beschreiben: Der Bund war bereit, den Kuchen für die Länder etwas größer zu backen. Jedes Land wollte von dem größeren Kuchen etwas abhaben. Gleichzeitig hat aber jedes Land für sich reklamiert, dass es ein größeres Stück hinzugewinnen müsse, als andere Länder. Das ist denklogisch ausgeschlossen, egal wie groß der Kuchen jemals sein würde.

Sachliche  
Lösungen  
suchen statt  
Kompromiss-  
losigkeit

Ich habe mich in den Verhandlungen immer dafür eingesetzt, möglichst sachlich und lösungsorientiert an die Reformüberlegungen heranzugehen. Es hilft doch nichts, wenn man stets nur perpetuiert, warum man selbst den einen oder anderen Teilaspekt überhaupt nicht mittragen kann. Wichtig ist das Gesamtpaket. Und da haben wir in den letzten Wochen durchaus Fortschritte gemacht. Am morgigen Tage wird sich die Runde der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin treffen und den Versuch unternehmen, die Themen Asyl, Bund-Länder-Finanzbeziehungen und Regionalisierungsmittel einer abschließenden Lösung zuzuführen. Sollte dies gelingen, wäre das nicht zuletzt ein Verdienst der Vertreter unserer Landesregierung in den verschiedenen Gremien. Ich möchte an dieser Stelle auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die mit großer Geduld und Hingabe die überaus zahlreichen und manchmal auch äußerst kreativen Modelle zur Neuordnung auf ihre finanziellen Auswirkungen durchgerechnet haben.

## **Anrede,**

**Personal-  
kosten größter  
Ausgabeposten**

die vielen guten, leistungsstarken und motivierten Mitarbeiter unserer Landesverwaltung, die ich tagtäglich erlebe, spiegeln sich natürlich auch in ihrer Gesamtheit in den Personalausgaben des Landes wider. Fast 40 Prozent der bereinigten Ausgaben entfallen allein auf diesen Bereich. Wenn man also den Auftrag erhält, die Neuverschuldung des Landes bis zu einem festen Datum auf Null zurückzufahren, kommt man nicht umhin, die größte Ausgabeposition zu beleuchten. Wir haben uns gemeinschaftlich dafür entschieden, 1.800 Stellen in der Landesverwaltung abzubauen und die Besoldungs- und Versorgungsanpassungen der Beamtinnen und Beamten auf ein Prozent ab 2016 zu begrenzen. Ja, dies ist ein Einschnitt und ja, die Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen. Aber auch hier galt es, Lasten zu verteilen, die Lasten zur Erreichung der Schuldenbremse. Wir haben uns für einen Mix entschieden: Einnahmen erhöhen, Personalausgaben begrenzen, Stellen abbauen und konsumtive und investive Ausgaben einsparen. Diesen Mix halte ich weiterhin für richtig und für notwendig für das gemeinsame Ziel einer generationengerechten Finanzpolitik.

**BVerfG-Urteil  
wird Berücksichtigung  
finden**

Natürlich haben wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentierung von Beamtinnen und Beamten sorgfältig studiert. Aber auch an dieser Stelle sehen Sie mich mit einiger Gelassenheit vor Ihnen stehen. Selbstverständlich werden wir dieses Urteil in unseren weiteren Überlegungen berücksichtigen.

Die Prüfindikatoren, die das Gericht aufgestellt hat, stellen auf jeden Fall die Nullrunde in 2015 nicht in Frage. Für die Zukunft werden wir sicherstellen, dass die Besoldungsanpassungen den Kriterien des Urteils genügen. Trotz der vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen erhöhen sich die Personalausgaben im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr bis zum Jahr 2019 um fast 700 Mio. Euro. Von diesem Anstieg entfallen knapp drei Viertel auf die Versorgungs- und Beihilfeausgaben, bei denen der dynamische Ausgabentrend der vergangenen Jahre ungebrochen anhält. Es wird weiterhin großer Anstrengungen bedürfen, um diese Herausforderung zu bewältigen. Auch deswegen halte ich es für unerlässlich, die Nettoneuverschuldung von Null so früh wie möglich zu erreichen. Nur so erhalten wir den Gestaltungsspielraum für unsere Kinder und Enkel.

### **Anrede,**

**Land sorgt für  
Versorgungs-  
belastung vor**

aus diesem einfachen Grund sorgen wir für die Zukunft vor. Wir werden die gesetzlichen Zuführungen zur Versorgungsrücklage dauerhaft auf dem Niveau des Jahres 2014 fortsetzen. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums wird sich dadurch das in der Rücklage angesammelte Vermögen voraussichtlich auf rund 3,0 Mrd. Euro erhöhen. Auch in die so genannte Weimar-Rücklage, in die wir freiwillig für jeden neu eingestellten Beamten einen pauschalen Betrag einzahlen, wird weiterhin eingezahlt werden. Es bleibt jedoch auch dabei, dass diese Rücklage nachschüssig dotiert wird und entsprechende Haushaltsverbesserungen im

Vollzug und beherrschbare weitere Haushaltsperspektiven voraussetzt.

### **Anrede,**

**Zinsbelastung  
auf historisch  
niedrigem  
Niveau**

ich habe vorhin schon davon gesprochen, dass eines der Risiken darin besteht, dass sich mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft am Zinsniveau nicht allzu viel ändern sollte. Nichtsdestoweniger halte ich das historisch niedrige Zinsniveau aus ökonomischer Sicht für hochproblematisch. Es besteht die Gefahr, dass man mit der momentanen Geldpolitik einer neuerlichen Blase an den Kapital- oder Immobilienmärkten Vorschub leistet. Klar ist aber auch – ich will das an dieser Stelle auch gar nicht verschweigen –, dass die niedrigen Zinsen derzeit eine entlastende Wirkung auf den Landeshaushalt haben. Hierzu noch einige wenige Zahlen zur Untermauerung. Vor zwanzig Jahren betrug die durchschnittliche Verzinsung der Landesschulden am Kapitalmarkt 6,8 Prozent. Derzeit liegt dieser Durchschnitt bei rund 2,8 Prozent. Für 2016 rechnen wir vor diesem Hintergrund sogar mit einer etwas niedrigeren Belastung durch Zinszahlungen als 2015. Etwas mehr als 1,1 Mrd. Euro sind dafür im Haushalt für das nächste Jahr eingeplant.

**Vorsichtige  
Planung sieht  
moderate  
Zinserhöhung  
vor**

Wie es sich aber für einen vorsichtigen Haushälter gehört, schreiben wir diese positive Entwicklung nicht einfach fort. Vielmehr sehen unsere Planungen eine moderate Erhöhung des Zinsniveaus vor. Auch wenn die US-Notenbank vor wenigen Tagen verkündet hat, ihren Leitzins unverändert zu belassen, halte



ich diese vorsichtige Planung für absolut gerechtfertigt. Sollten dann im jeweiligen Haushaltsvollzug niedrigere Zinsen anfallen, nehme ich diese Entwicklung und den sich dadurch ergebenden Spielraum gerne an. Bis dahin plane ich lieber vorsichtig, anstatt den Haushalt nach dem Prinzip Hoffnung aufzustellen.

### **Anrede,**

**Land bleibt  
verlässlicher  
Partner der  
Kommunen**

auch wenn eine im Haushalt abgebildete Aufgabe übermäßig stark im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung und auch der Anstrengungen von Politik und Verwaltung steht, vergessen wir nicht die vielen anderen Aufgaben, von denen erwartet wird, dass wir uns darum kümmern. So ist beispielsweise der Kommunale Finanzausgleich in 2016 seitens des Landes erneut mit einer Rekordsumme von über 4,3 Mrd. Euro dotiert. Dieses Volumen ist nicht nur das Ergebnis der Ermittlung eines bedarfsgerechten KFA im Sinne des sog. Alsfelds-Urteils des Staatsgerichtshofs, der einen Festansatz für pflichtige Kommunalaufgaben und auch Mittel für ein Mindestmaß freiwilliger Leistungen der Kommunen vorgeschrieben hat. Zum KFA-Volumen gehört auch ein wesentlicher und ausschließlich freiwilliger Beitrag des Landes in Form eines Stabilitätsansatzes von über 1,1 Mrd. Euro zur Verstetigung der Kommunalfinanzen. Das Land bleibt Partner der Kommunen.

Das wird auch dadurch deutlich, dass wir das vom Bund aufgelegte Investitionsprogramm für die Kommunen verdreifachen und dessen Förderbereiche im

Kommunalinvestitionsprogramm des Landes deutlich erweitern. Über eine Milliarde Euro stehen so für Investitionen in die kommunale Infrastruktur bereit. Gelder, die die Kommunen innerhalb eines weiten Maßnahmenkatalogs investieren können, und zwar dort, wo es vor Ort am dringendsten benötigt wird. Ein Extrakontingent ist vorgesehen für die Kommunen, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, um den sich durch die zusätzlichen Herausforderungen vor Ort ergebenden gestiegenen Investitionsbedarf Rechnung zu tragen. Zudem sieht das Programm eine Stärkung der Investitionstätigkeit von Krankenhausträgern vor und hilft den Kommunen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die eigentliche Belastung des Haushalts für dieses Programm hält sich dabei in Grenzen. Da die WIBank die Investitionen im Rahmen von Darlehen finanzieren wird, wird der Landeshaushalt über einen überschaubaren Zeitraum hinweg lediglich mit Tilgungs- und Zinszahlungen von bis zu 32 Mio. Euro per anno belastet. Das ist zukunftsweisendes Handeln für die Menschen vor Ort.

### **Anrede,**

**Bildung und  
Wissenschaft  
weiterhin  
Schwerpunkte**

für uns bleibt die Investition in die Zukunft zentraler Baustein unserer Politik. Es bleibt dabei, dass trotz sinkender Schülerzahlen an Hessens Schulen keine Lehrerstelle wegfällt. Und wir investieren rund 2,1 Mrd. Euro in die Hessischen Hochschulen. Im kommenden Jahr gilt erstmal der neue Hessische Hochschulpakt, wodurch sich das Budget der

Hochschulen jährlich um ein Prozent über der Inflation erhöht. Hessens Bürgerinnen und Bürger sind die Zukunft unseres Landes, und in diese Zukunft investieren wir kraftvoll.

**Zukünftige  
Heraus-  
forderungen  
im Blick**

Ein weiteres Beispiel dafür, dass wir unseren Haushalt mit Blick auf die nahen und fernen Herausforderungen der Zukunft ausrichten, sind die rund 35,7 Mio. Euro, die zur Fortführung der Energiewende vorgesehen sind. Zudem stocken wir die Förderung der Elektromobilität noch einmal auf. Der Hessen zustehende Teil der Versteigerungserlöse aus Mobilfunkfrequenzen wird einer zweckgebundenen Rücklage Breitbandausbau und Digitale Maßnahmen zugeführt. Hiermit wird der weitere Ausbau der Breitbandversorgung in Hessen beschleunigt. Diese Mittel in Höhe von 46 Mio. Euro dienen zur Kofinanzierung von Bundesprogrammen und der Unterstützung von hessischen Breitbandprojekten. In 2016 wird hierfür erstmals ein Bewilligungsvolumen von 16,75 Mio. Euro bereitgestellt.

### **Anrede,**

**Ökonomie und  
Ökologie  
finden gleich-  
berechtigt  
Berücksich-  
tigung**

Ein weiterer Aspekt unserer politischen Verantwortung ist der Blick auf die zukünftige Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Im Sinne eines auch in Zukunft lebens- und lebenswerten Hessens wollen wir Ökonomie und Ökologie sinnvoll und gewinnbringend für alle verbinden. So sind auf der einen Seite für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Hessischen Biodiversitätsstrategie zusätzlich 500.000 Euro veranschlagt. Im Jahr 2016 steht im Produkt „Förderung der

biologischen Vielfalt durch Maßnahmen des Artenschutzes“ ein neues Programmvolumen in Höhe von 2,1 Mio. Euro mit einer Anlaufquote in Höhe von 1,7 Mio. Euro zur Verfügung.

Auf der anderen Seite stellt das Land erneut 90 Mio. Euro für den Landesstraßenbau zu Verfügung. Weiterhin werden wieder 40 Mio. € für die Planungsmittel zur Umsetzung der Bauprojekte im Rahmen des Bundesfernstraßenbaus zur Verfügung gestellt. Damit wird sichergestellt, dass die Straßenbaumittel des Bundes für die hessischen Projekte vollständig beplant und abgerufen werden können. Mit den Mitteln des Landesstraßenbaus werden schwerpunktmäßig Sanierungsmaßnahmen finanziert. Nach dem Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ hat das Verkehrsministerium eine Dringlichkeitsbewertung vorgenommen, die in einer Sanierungsoffensive 2016 -2022 für den Landesstraßenbau umgesetzt werden wird. Dabei wird auch das Radwegebauprogramm an Landesstraßen weiter realisiert.

Darüber hinaus werden im Rahmen des Projekts CO<sub>2</sub>-neutrale Landesverwaltung 2016 rund 40 Mio. Euro aus dem Zukunftsfonds zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter reduziert werden, gleichzeitig aber auch die Energieeffizienz weiter verbessert werden. Das spart dem Landeshaushalt langfristig Geld – eine außerordentlich sinnvolle Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie.

## **Anrede,**

**Geschützte  
Bereiche  
werden  
fortgeführt**

wir führen darüber hinaus diejenigen Teile des Landeshaushalts weiter, die wir gemeinschaftlich als geschützte Bereiche definiert haben. Das Hessische Sozialbudget war im Nachtrag zum Haushalt 2014 mit 51,5 Mio. Euro dotiert und wird 2016 mit 70,5 Mio. Euro auf dem Niveau des laufenden Jahres fortgeführt. Wir bauen die Ganztagsangebote an den hessischen Schulen weiter aus, wobei der Schwerpunkt auf dem „Pakt für den Nachmittag“, also dem Bildungs- und Betreuungsangebot an Grundschulen liegt. Meine Damen und Herren: Hessen bleibt ein Land, das seinen Bürgerinnen und Bürgern beste Perspektiven und Möglichkeiten bietet.

## **Anrede,**

**Maßnahmen  
zur Konsoli-  
dierung  
greifen**

ich habe immer gesagt, dass uns die schwarze Null zum Ende dieser Legislaturperiode nicht in den Schoß fallen wird, dass wir hart dafür werden arbeiten müssen. Wir hatten uns darauf verständigt, im Laufe dieser Legislaturperiode 1.800 Stellen abzubauen – selbstverständlich, ohne dabei Kündigungen aussprechen zu müssen. Diesen Abbau setzen wir auch in 2016 weiter fort. Außerdem wird der Landeshaushalt bei den Bauausgaben um rund 50 Mio. Euro entlastet. Nicht zuletzt widmen wir uns auch der Aufgabe, die Organisationsstrukturen des Landes zu überprüfen, Doppelstrukturen abzubauen und Synergien zu heben. So werden zum 1. Januar 2016 die beiden Landesbetriebe „Hessisches Baumanagement“ und „Hessisches

Immobilienmanagement“ zu einem Landesbetrieb zusammengefasst.

### **Anrede,**

**Herausforderung der Flüchtlinge übergreifend mittragen**

lassen Sie mich am Schluss meiner Rede noch den Versuch unternehmen, einen Blick in die nahe Zukunft zu werfen. Im November wird der Arbeitskreis Steuerschätzung neue Zahlen vorlegen, wie sich die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in den nächsten Jahren entwickeln könnten. Es war an dieser Stelle immer geübtes Verfahren, im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Haushalt auch die Auswirkungen der Ergebnisse der Steuerschätzer mit abzubilden. Es kann aber bereits heute gesagt werden, dass mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auch die neueren Entwicklungen bei den Flüchtlingszahlen ihren Niederschlag im Haushalt werden finden müssen. Niemand hier im Haus vermag vorherzusagen, welche Dimensionen und welche Kraftanstrengungen noch von uns gefordert sein werden. Ich wäre daher diesem Hause sehr dankbar, wenn wir die aktuelle humanitäre Herausforderung soweit wie eben möglich vor die Klammer der Haushaltsdebatte ziehen könnten.

**Angebot der Transparenz**

Wir haben uns hier oftmals und intensiv mit den verschiedensten Schwerpunkten des jeweils aktuellen Haushalts auseinandergesetzt. Zu Recht streiten wir in diesem hohen Hause darüber, welche politischen Entscheidungen für unser Land die besten sind. Ich wäre jedoch allen Fraktionen hier im Hause

dankbar, wenn wir die Maßnahmen zur Bewältigung dieser Aufgabe im Konsens herbeiführen könnten. Wir haben dazu ja bereits einen gemeinsamen Rahmen in Form einer Gesprächsrunde für den Austausch zu diesem Thema gefunden. Gerne bin ich bereit, auch regelmäßig den Haushaltsausschuss über die aktuellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt zu informieren.

**Anrede,**

ich freue mich auf die parlamentarischen Beratungen, auf die Ideen und Anregungen aller Fraktionen. Der vorliegende Entwurf des Haushalts und die mittelfristige Finanzplanung mögen vor Augen führen, vor welchen Aufgaben wir stehen. Wir machen aktuell beides: wir gehen die aktuellen Herausforderungen engagiert an – behalten die langfristigen Zukunftsprojekte klar im Blick.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

\*\*\*